

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 10. Sitzung

am Mittwoch, dem 21. April 2010, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Schröder (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Johannes Callsen (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Marion Sellier (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Christopher Vogt (FDP)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Anette Langner (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|---|--------------|
| 1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz) | 4 |
| Gesetzentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 17/39 | |
| 2. Für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben organisieren | 5 |
| Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/401 | |
| 3. Errichtung einer Landesregulierungsbehörde Schleswig-Holstein | 6 |
| Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/397 | |
| 4. Nachhaltigkeitsbericht 2009 | 7 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 17/170 | |
| 5. Keine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke | 8 |
| Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/79 | |
| Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/214 | |
| Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/218 | |
| 6. Situation des Glücksspiels in Schleswig-Holstein | 12 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 17/379 (neu) | |
| 7. Verschiedenes | 13 |

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen (Tariftreuegesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
Drucksache 17/39

(überwiesen am 19. November 2009 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke [17/71](#), [17/138](#), [17/139](#), [17/140](#), [17/141](#), [17/142](#), [17/143](#),
[17/164](#), [17/219](#), [17/256](#), [17/281](#), [17/290](#), [17/291](#), [17/295](#),
[17/296](#), [17/300](#), [17/301](#), [17/314](#), [17/316](#), [17/317](#), [17/318](#),
[17/321](#), [17/322](#), [17/323](#), [17/332](#), [17/333](#), [17/575](#), [17/587](#)

Auf Antrag von Abg. Harms, der darauf hinweist, dass er in den nächsten Tagen eine geänderte Entwurfsfassung in die Beratungen einführen wolle, die dann Grundlage der weiteren Diskussion über das Tariftreuegesetz sei, verschieben die Ausschussmitglieder die Beratung einvernehmlich auf die nächste Sitzung des Ausschusses.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben organisieren

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/401

Änderungsantrag der Fraktion von CDU und FDP
Umdruck 17/721

(überwiesen am 19. März 2010)

Im Rahmen einer kurzen Aussprache bekunden die Sprecherinnen und Sprecher von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW ihr Interesse an der Erarbeitung eines interfraktionell getragenen Änderungsantrags. - Abg. Thoroer erklärt, er werde für seine Fraktion ebenfalls einen Änderungsantrag einreichen, weil er nicht glaube, dass das Bündnis für Ausbildung bisher erfolgreich gewesen sei, und im Übrigen wolle seine Fraktion eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt wissen.

In der Absicht, einen gemeinsam getragenen Änderungsantrag bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses erarbeiten zu wollen, wird die weitere Beratung über den Antrag Drucksache 17/401 und den Änderungsantrag Umdruck 17/721 einvernehmlich bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 12. Mai 2010 vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Errichtung einer Landesregulierungsbehörde Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/397

(überwiesen am 19. März 2010)

- Verfahrensfragen -

Die Ausschussmitglieder vereinbaren einvernehmlich zunächst die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu der Vorlage. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen werden gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer den Kreis der Anzuhörenden bis zum 23. April d. J. melden. Die Fortsetzung der Beratung der Vorlage wird für die Sitzung des Ausschusses am 26. Mai 2010 vorgesehen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Nachhaltigkeitsbericht 2009

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/170

(überwiesen am 19. März 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und an
alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, Drucksache
17/170, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Keine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/79

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/214

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/218

(nach Änderung der Geschäftsordnung überwiesen durch Plenarbeschluss vom
19. März 2010)

M Schmalfuß weist einleitend darauf hin, dass es zu den Inhalten, die auch mit den vorliegenden Anträgen angesprochen würden, in der Bundesrepublik die verschiedensten Meinungen gebe. Er wolle sich deshalb im Folgenden auf die Haltung der Landesregierung konzentrieren. An der im Januar und im März dazu im Plenum des Landtags vorgetragenen Haltung habe sich nichts geändert. Es gebe im Land AKWs unterschiedlichen Alters und unterschiedlichen Standards. Dies sei auch Ausgangspunkt der Stellungnahme, dass diese verschiedenen Umstände berücksichtigt werden müssten. Der Standpunkt der Landesregierung lasse sich in einem Satz zusammenfassen: Die Garantie der Sicherheit der Anlagen habe Vorrang gegenüber allen anderen Fragen, die damit unter den verschiedensten Gesichtspunkten zusammenhingen. Hier sei er, M Schmalfuß, völlig einer Meinung mit dem Wirtschaftsminister. Eine pauschale Verlängerung der Laufzeiten, eine pauschale Betrachtungsweise ohne Berücksichtigung des Zustandes der einzelnen AKWs und der Sicherheitsaspekte komme für die Landesregierung nicht in Betracht.

Auf zunächst von Abg. Schulze gestellte Fragen zum Sicherheitsstandard bei den AKWs in Krümmel und in Brunsbüttel erwidert M Schmalfuß, dass an beiden AKWs von den Betreibern mit hohem Einsatz technische Reparaturen durchgeführt würden. Die Gewährleistung der Einhaltung des technischen Standards sei auch Voraussetzung für die Stellung eines Erfolg versprechenden Antrags auf Wiederanfahren der AKWs. Der Eindruck der Landesregierung sei, dass seitens der Betreiber alles versucht werde, die dafür geforderten technischen Voraussetzungen zu erfüllen. Auch die eigene Einschätzung durch den Betreiber gehe dahin, dass in beiden AKWs die technischen Voraussetzungen dafür in diesem Jahr nicht mehr würden erfüllt werden können. Weiter sei aus den geführten Gesprächen nicht ersichtlich, dass die

Möglichkeit der Übertragung von Reststrommengen, die rechtlich vorgesehen sei, hier ernsthaft in Betracht gezogen werde. Es werde von den Betreibern gesagt, man werde alle technischen Voraussetzungen erfüllen und darüber hinaus auch den weiteren wichtigen Punkt der Auflagen, nämlich das Sicherheitsmanagement, so darstellen, dass auch auf der Zuverlässigkeitsebene keine Zweifel blieben. Anhaltspunkte für eine andere Haltung der Betreiber habe man zurzeit nicht.

Abg. Dr. Tietze spricht im Folgenden die Frage der Mitwirkung der Bundesländer im Bundesrat bei der Frage der Verlängerung der Betriebszeiten der AKWs an. Seine Fraktion habe Informationen, dass hier eine Zustimmungspflicht des Bundesrats gegeben sei. Nun hätten CDU und FDP in ihrem Änderungsantrag ja geschrieben, dass Schleswig-Holstein hinsichtlich des Atomgesetzes keine Regelungskompetenz besitze. Hier gebe es insoweit einen Dissens. Er fragt M Schmalfuß nach dessen Rechtsauffassung hierzu. - Weiter möchte Abg. Dr. Tietze wissen, wenn die Laufzeitverlängerung der AKWs zustimmungspflichtig sei, wie sich dann Schleswig-Holstein im Bundesrat verhalten werde.

M Schmalfuß erwidert, dass er Informationen dahingehend habe, dass diese Frage zurzeit sehr intensiv geprüft werde, ob eine solche Zustimmungspflicht bestehe. Dafür könne sicherlich einiges sprechen. Eine belastbare Prüfung habe man jedoch noch nicht vorgenommen. Vermutlich werde die Zustimmungspflicht festgestellt werden, aber sein Haus müsse diese Frage noch prüfen.

Abg. Dr. Tietze bittet, die Abstimmung über die vorliegenden Anträge so lange zurückzustellen, bis das von M Schmalfuß angesprochene Prüfungsverfahren abgeschlossen sei und diese Frage der Zustimmungspflicht durch den Bundesrat sicher beantwortet werden könne. - M Schmalfuß weist darauf hin, dass diese Frage auch von der Fassung des Gesetzes zur AKW-Laufzeitverlängerung abhängen. Erst wenn diese Gesetzesvorlage existent sei, könne man in eine Prüfung, wie vorher beschrieben, eintreten. Insofern wäre alles, was man heute sagte, nicht belastbar.

Abg. Thoroer erklärt, er sei der Meinung, dass man hier nicht nur über Brunsbüttel und Krümmel reden sollte, sondern auch über Brokdorf. Im Übrigen sei für ihn und seine Partei Atomenergie insgesamt nicht verantwortbar. Es zeige sich jetzt auch, dass der Atomkompromiss von Rot-Grün nicht wirklich nachhaltig gewesen sei, sondern dass er sofort „wieder umgeschmissen“ werden könne. Seiner Meinung nach hätte man hier schon damals härter vorgehen sollen.

Abg. Magnussen stellt fest, die Haltung der Landesregierung zeige, dass nach fest definierten Prüfkriterien bezüglich der Sicherheitsstandards gehandelt werde, und die Arbeiten in den AKWs würden durch Behörden und externe Gutachten begleitet. Er fragt M Schmalfuß, ob dieser davon ausgehe, dass die technische Umrüstung, die jetzt passiere, die Sanierungen, die Anlagen auf den neuesten Stand der Technik brächten, dazu führen würden, dass einer Laufzeitverlängerung nach Durchführung der Arbeiten im Grunde genommen nichts mehr im Wege stehe. - M Schmalfuß erklärt, es gehe um die Sanierung von Mängeln, die abgestellt werden müssten, und um einen ganzen Katalog von Maßnahmen in beiden AKWs. Die Bemühungen, auch finanziell, der Betreiber ließen darauf schließen, dass sie dies sicherstellen wollten. So sei ihr Verhalten einzuordnen. - Abg. Magnussen verdeutlicht, die Verfahren, die jetzt durchlaufen würden, brächten die Anlagen doch auf den Stand der Technik, die erforderlich sei, um sie mit neuen AKWs gleichzusetzen. Die erheblichen Mittel, die auch an Investitionen eingebracht würden, würden die Anlagen doch technisch auf einen Standard bringen, der einem Neubau sehr nahe komme. - M Schmalfuß antwortet, das glaube er eher nicht. Im Moment gehe es um einen genehmigungskonformen Zustand der Kernkraftwerke, der wiederhergestellt werden solle.

Im Rahmen weiterer Fragen möchte Abg. Dr. Tietze bezüglich des AKW Krümmel wissen, wo für M Schmalfuß der Stand der Sicherheit liege, der erreicht werden könne und der auch beschreibe, in welchem Fall eine Genehmigung zum Weiterbetrieb von Krümmel versagt werden müsse. - M Schmalfuß erwidert, die erste Stufe sei die technische. Dabei gehe es um die Beseitigung der aufgetretenen Mängel. Wenn die erfolgt sei, werde seine Fachabteilung, die hierzu auch technische Vorgaben gemacht habe, eine sehr intensive technische Prüfung vornehmen, ob ein genehmigungskonformer Zustand des AKWs erreicht sei. Dies sei der erste Schritt. Dann gehe es noch um das Sicherheitsmanagement. Hier stünden nach den bisherigen Ereignissen Fragen im Raum, die noch nicht alle ausreichend beantwortet worden seien.

Al Dr. Cloosters ergänzt u. a., solange die Mängel in Krümmel nicht beseitigt seien, komme ein Anfahren nicht infrage. Dabei gehe es zunächst um das rein Technische. Dies sei in Krümmel die Problematik der Transformatoren. Eine ganze Reihe von Transformatoren müssten ausgetauscht werden. Insgesamt handele es sich um 30 Transformatoren, die in der Anlage erneuert werden müssten. Bisher seien drei Transformatoren ausgetauscht worden. Dann gebe es die Problematiken der Dübel, der Stahlbügel, des Sicherheitsmanagements. Bereits beim Stillstand 2007 bis 2009 habe sich die Frage der atomrechtlichen Zuverlässigkeit von Vattenfall gestellt. Nach gutachtlichen, auch rechtlichen Prüfungen sei man am 19.06.2009 zu dem Ergebnis gekommen, dass die Anlage wieder angefahren werden durfte. Nach dem Auftreten neuer technischer Schwierigkeiten und der Abschaltung sei die Zuverlässigkeitsfrage dann erneut aufgeworfen worden. Es sei unverzüglich eine weitere Zuverlässigkeitsprüfung einge-

leitet worden, die ein wichtiger Baustein bei der Beantwortung der Frage sei, ob die Anlage wiederangefahren werden könne und dürfe. Diesbezüglich befinde man sich mitten in den Prüfungen.

Nach weiterer kurzer Diskussion stellt der Vorsitzende, Abg. Schröder, die Anträge zur Abstimmung. Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/214, wird mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der LINKEN dem Landtag zur Ablehnung empfohlen. Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/218 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und DIE LINKE angenommen. So dann wird der Ursprungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/79, in der so beschlossenen Fassung der Drucksache 17/218 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW dem Landtag zur Annahme vorgeschlagen.

Abg. Dr. Tietze bittet um eine rechtliche Stellungnahme zu der Frage, ob dieses Verfahren der inhaltlichen Umkehrung eines Ursprungsantrags mit den parlamentarischen Grundlagen in Schleswig-Holstein vereinbar sei. - Dieser Prüfungsauftrag ergeht einstimmig an den Wissenschaftlichen Dienst des Landtags.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Situation des Glücksspiels in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/379 (neu)

(überwiesen am 19. März 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den **Finanzausschuss**, den **Sozialausschuss** und den **Wirtschaftsausschuss** zur abschließenden Beratung)

Einleitend verweist Abg. Arp auf ein inzwischen in Dänemark aufgelegtes Glücksspiel-Modell und fragt Abg. Harms, ob der SSW möglicherweise in der Lage sei, dieses Konzept den beteiligten Ausschüssen einmal in der Übersetzung zur Verfügung zu stellen. Im Weiteren spricht er sich für die Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung, Drucksache 17/379 (neu), aus und dafür, die Diskussion zu gegebener Zeit erneut zu führen. - Abg. Dr. Tietze spricht einen Bericht im „Spiegel“ an, in dem berichtet werde, dass der bayerische Ministerpräsident erklärt habe, dass ihm kein schlüssiges Modell zur Neuordnung des Glücksspielsektors bekannt sei, das die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts abdecke. In diesem Zusammenhang solle es auch einen Brief des bayerischen Ministerpräsidenten an den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten geben. Er bittet, den an der Beratung des Berichts der Landesregierung beteiligten Ausschüssen diesen Schriftwechsel zur Kenntnis zu geben. - St'in Dr. Zieschang sagt die Weitergabe dieser Bitte an das zuständige Innenministerium zu.

Ohne weitere vertiefte Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht Drucksache 17/379 (neu) abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Wegen der für den 12. Mai 2010, der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses, geplanten ganztägigen mündlichen Anhörung zum Sparkassengesetz gemeinsam mit dem Innen- und Rechtsausschuss und dem Finanzausschuss legen die Ausschussmitglieder den Beginn ihrer turnusmäßigen Sitzung auf 9 Uhr fest; ab 10 Uhr wird sich die Anhörung anschließen.

Einen Gesprächswunsch des Gesamtverbandes schleswig-holsteinischer Häfen für die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 30. Juni 2010, 10 Uhr, in den Räumen des Seehafens Kiel, greift der Ausschuss auf. Im Anschluss an das Gespräch mit dem Vorstand der Organisation wird der Ausschuss ab circa 11:30 Uhr seine reguläre Beratungssitzung durchführen.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Schröder

Vorsitzender

gez. Neil

Geschäfts- und Protokollführer